Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf von Berlin

N i e d e r s c h r i f t
67. öffentliche Sitzung des Haushaltsausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 28.08.2006
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:30 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

Anwesend sind:

Herr Hippe, Torsten	CDU
Herr Kopp, Norbert	CDU
Herr Platzeck, Werner	CDU
Herr Rögner-Francke, René	CDU
Herr Hube, Helmut	SPD
Herr Karnetzki, Michael	SPD
Herr Kugler, Klaus	SPD
Frau Lau, Karin	SPD
Herr Ehrhardt, Kay Heinz	FDP
Frau Schmid-Petry, Erika	FDP
Frau Franke-Dressler, Irmgard	GRÜNE
Herr Goiny, Christian	CDU (BD)
Herr Krohm, Dominik	SPD (BD)

Vom Amt:

FinW Dez Hr. Laschinsky
Bau Dez Hr. Stäglin
BiKuSpoBüd Dez Hr. Schrader
Soz Dez Hr. Wöpke
JugGesUm Dez'in Fr. Otto
St L Hr. Schadeck
St 11 Fr. Hielscher
FS L Hr. Dr. Riedel
Bau BL 2 Fr. Gerwig-Meyer
BüD L Fr. Krasemann
Schul 2 Hr. Harz
Soz L Hr. Geese
Jug L Fr. Biermann
Jug Con L Hr. Weber
BVV 2 Fr. Schuchardt, Protokoll

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung des Protokolls
TOP 2	Dringliche Vorlage zur Kenntnisnahme Bezirkshaushaltsplan Steglitz-Zehlendorf für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 - Beschluss Nr. 958, Buchst. D, Nr. 7, (Drs. Nr. 1675/II) Drs. Nr. 2056/II - Bezirksamt
TOP 3	Vorlage zur Kenntnisnahme BVV-Beschluss Nr. 958 vom 21.09.2005 (Drucksache 1675/II) Bezirkshaushaltsplan Steglitz-Zehlendorf für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 hier: Ersuchen und Auflagen, Ziffer 15. Einzelplan 40: Reduzierung von Amts- und Referatskosten des Jugendamtes
TOP 4	Besprechungspunkte
TOP 4.1	Information über die Verwendung investiver Mittel im Haushaltsjahr 2007 (Bau Dez)
TOP 4.2	Situation im Briefwahlbüro
TOP 5	Antrag Schließung der Freizeitstätte Nentershausen Drs. Nr. 378/II - FDP-Fraktion
TOP 6	Sondermittelanträge
TOP 6.1	Sondermittelantrag 27/2006 Zuschuss für Druckkosten für den nächsten 'Börsenbrief' der Berliner Interessenbörse
TOP 6.2	Sondermittelantrag 29/2006 Zuschuss für Sportmaterial des Wasserski Clubs Berlin e. V.
TOP 6.3	Sondermittelantrag 30/2006 Zuschuss für eine Volleyball-Pfostenanlage des Berliner Tennis- und Tischtennisclub Grün-Weiß e. V.
TOP 6.4	Sondermittelantrag 31/2006 Zuschuss für Spezial-Schaumstoffscheiben des 1. Berliner Bogenschützen e. V.
TOP 6.5	Sondermittelantrag 32/2006 Zuschuss für eine Ausstellung von Bildern von Künstlern aus der polnischen Partnerstadt Kazimierz Dolny der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin e. V.
TOP 7	Bericht aus dem Bezirksamt
TOP 8	Verschiedenes

Protokoll:

Vor Sitzungsbeginn weist der Ausschussvorsitzende darauf hin, dass die Tagesordnung noch einmal geändert wurde und allen Mitgliedern als Tischvorlage vorliegt.

Auf Wunsch der SPD-Fraktion wird das Sitzungsende auf 18.30 Uhr festgelegt, da die Fraktion noch eine andere wichtige Veranstaltung hat. Auf Nachfrage der SPD-Fraktion berichtet der Ausschussvorsitzende, dass BzStR Schrader ihn gebeten habe TOP 4.2 auf die Tagesordnung des Haushaltsausschusses zu setzen, da sonst eine Sondersitzung des BiKu-Ausschusses stattfinden müsste.
Der Ausschussvorsitzende bedankt sich beim Bezirksamt, dass der Haushaltsausschuss im alten, renovierten und mit einer neuen Mikrofonanlage ausgestatteten BVV-Saal tagen dürfe.

St L Hr. Schadeck informiert über die Neugestaltung des alten BVV-Saales und die zukünftige Nutzung; sowohl als Konferenzraum, als auch beispielsweise als Trauzimmer für Eheschließungen. Er hoffe u. a. so auf neue Einnahmen. Er erklärt den Ausschussmitgliedern die neue Mikrofonanlage.

zu 1 Genehmigung des Protokolls

Die Fraktion GRÜNE bittet folgenden Satz zu TOP 5 auf Seite 4 zu ändern. *„Die Fraktion GRÜNE spricht sich dafür aus, dass ein Vertreter der Verwaltung nicht akzeptiert werden könne, da hier ein Bereich....“* Der Satz lautet nun wie folgt: *„Die Fraktion GRÜNE kritisiert, dass nur ein Vertreter der Verwaltung anwesend ist.“*

Das Protokoll der 66. Sitzung vom 16.06.2006 wird mit dieser Änderung genehmigt.

zu 2 Dringliche Vorlage zur Kenntnisnahme
Bezirkshaushaltsplan Steglitz-Zehlendorf für die Haushaltsjahre 2006 und 2007 - Beschluss Nr. 958, Buchst. D, Nr. 7, (Drs. Nr. 1675/II)
Drs. Nr. 2056/II - Bezirksamt

St L Schadeck berichtet über die weitere Entwicklung zur Umsetzung des Beschlusses. Er erklärt, dass der Steuerungsdienst zusammen mit der Abteilung Soziales versucht habe, alle Problempunkte zu finden. Eine Vielzahl der Probleme konnte gefunden werden. Zur Zeit wird versucht, diese Punkte abzuarbeiten, so dass die Kosten– und Leistungsrechnung (KLR) zu einem Datenbestand führen wird, der den Tatsachen entspricht. Dazu wurde u. a. eine Besprechung durchgeführt, wo alle Mitarbeiter sensibilisiert wurden, ihre Aufgabenbetrachtung nicht nur aus der kameralistischen Sicht, sondern insbesondere auch aus dem Blickfeld der KLR zu betrachten. Für die KLR und die darauf basierende Budgetierung ist es wichtig, dass die Verwaltungstätigkeiten und die Ausgaben des Sozialamtes den landesweit definierten Produkten richtig zugeordnet werden. Da dies bereits im PROSOZ-Verfahren zu geschehen hat, wurden entsprechende zusätzliche Schulungen im PROSOZ-Verfahren beantragt. Ferner wurden die KLR-Aufgaben im Sozialamt dezentralisiert. Künftig liege die direkte Verantwortung für plausible KLR-Daten in den Fachbereichen, die dafür sorgen müssten, dass in allen Programmen gleiche, plausible Zahlen vorgehalten sind. Erste Ergebnisse der Korrekturen werden im Produktvergleichsbericht August zu sehen sein, der dem Steuerungsdienst ca. Ende Oktober vorliegen wird. Anhand dieser Daten sollte es möglich sein, das voraussichtliche Ergebnis des Sozialamtes beim nächsten Jahresabschluss der Kostenrechnung/der nächsten Budgetierung und in der Konsequenz den vom Sozialamt noch leistbaren Eigenanteil an der pauschalen Minderausgabe zu bestimmen. Hierbei würde dann die SE Finanzen um Mithilfe gebeten werden.

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion erläutert St L Schadeck, dass der Steuerungsdienst keinen Anlass zur detaillierten Kontrolle gesehen habe, da alle Daten in PROSOZ bekannt waren und man davon ausgegangen sei, dass diese ordnungsgemäß übertragen wurden. Erst durch die berlinweit unterschiedlichen Ergebnisse sind diverse Unstimmigkeiten festgestellt worden. Hinsichtlich der Stellenreduzierung im Zusammenhang mit der pauschalen Minderausgabe ist festgestellt worden, dass der Bereich Soziales ca. 200.000 € selbst erwirtschaften wird. Freie Stellen sind bisher nicht wiederbesetzt worden. Über den Rest der pauschalen Minderausgabe wird das Bezirksamt entscheiden müssen. Zum jetzigen Zeitpunkt könne er darüber jedoch keine genaue Auskunft geben, da die korrigierten KLR-Daten erst Ende Oktober feststehen und dann intern erarbeitet werden muss, ob diese unter oder über dem Median liegen. Ein weiteres Problem liege darin, dass aufgrund der zeitlichen Gegebenheiten der KLR-basierten Budgetierung die KLR-Daten von 2004 der in diesem Jahr zu erwirtschaftenden

pauschalen Minderausgabe zugrunde gelegt worden waren und dass wiederum die in diesem Jahr vorgenommenen Korrekturen sich erst in 2008 auswirken werden.

Auf Nachfrage der FDP-Fraktion berichtet St L Schadeck, dass in der damaligen Organisation der Abteilung Soziales alle Mitarbeiter für ihren Bereich die vermeintlich richtigen Zahlen in die jeweiligen Programme eingetragen haben; im Gesamtergebnis stimmten diese jedoch nicht überein, da keine Abstimmung stattgefunden habe. Hinsichtlich weiterer Fehlerquellen könne er keine genaue Auskunft geben, er hoffe aber, dass durch weitere Schulungen alle Mitarbeiter sensibilisiert werden. Des Weiteren könne er keine genaue Prognose zu den Personalmitteln geben, da die „echten“ Fallzahlen erst Ende Oktober hochgerechnet und verglichen werden können.

Die Fraktion GRÜNE kritisiert die gesamte Vorlage und erklärt, sie könne daraus nicht entnehmen, was in Zukunft passieren wird. Es stehe fest, dass dies ein Führungsproblem sei. Des Weiteren kritisiert sie, dass nicht der gesamte Haushalt dafür verantwortlich gemacht werden könne, dass eine Abteilung nicht richtig gearbeitet habe; alle anderen Dezernenten wirtschaften mit den zur Verfügung stehenden Mitteln und dürften dafür nicht auch noch bestraft werden. BzStR Wöpke erläutert, dass hier ein generelles Problem aller Bezirksämter Berlins vorliege, das im Bezirk Steglitz-Zehlendorf etwas schärfer aufgetreten sei. Bei der Einführung einer KLR sind auch in dieser Abteilung alle Mitarbeiter geschult und informiert worden. Die KLR wurde in der Abteilung Soziales an zwei Mitarbeitern zentral angebunden. Diese Entscheidung diente der Entlastung in den einzelnen Sachgebieten. Allerdings musste festgestellt werden, dass diese zentrale Kombinationszusammenführung von Kontrolle, Lenkung und Leitung - zur Entlastung der Sachgebiete – nicht in dem gewünschtem Maße erfolgte. Die fehlerhaften Daten zur KLR veranlassten die Abt. Soziales über eine andere dezentrale KLR-Struktur nachzudenken. Die zentrale Verantwortlichkeit für die KLR ist nunmehr in die Fachbereiche delegiert, in die die beiden bisherigen KLR Mitarbeiter eingebunden wurden. Die Lenkung und Kontrolle erfolgt unter der Einbeziehung und Verantwortlichkeit der Fachbereichsleitungen. Dies führt aber auch dort zu einer Mehrbelastung. Alle Mitarbeiter werden noch einmal geschult. Er geht davon aus, dass durch das zeitaufwändige Handzählverfahren in allen Bereichen danach eine Mengendatei vorhanden sein wird. Durch die Unterstützung des Steuerungsdienstes ist eine Verbesserung erreicht worden. Er hoffe, dass sich dies bewährt und dazu beiträgt, mit den Mengenangaben sensibler umzugehen. Jeder Mitarbeiter sei von seiner korrekten Eingabe in seinem Bereich überzeugt gewesen.

Die FDP-Fraktion schließt sich den Ausführungen der Fraktion GRÜNE an und erkundigt sich nach dem Abbau von 32 Stellen. BzStR Wöpke erläutert, dass die Datenlieferung zur Zeit wichtig sei; eine konkrete Aussage könne jedoch erst Ende Oktober gemacht werden. Der Abbau von 32 Stellen ist die maximale Situation; ob tatsächlich Personalstellen gekürzt oder soziale Einrichtungen geschlossen werden, entscheidet das Bezirksamt.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion erläutert St L Schadeck, dass die Auswertung schwieriger war als erwartet. Die nächste Auswertung erfolgt Ende August, erste Ergebnisse liegen Anfang Oktober vor. Er geht davon aus, dass die Zahlen den Tatsachen entsprechen und der Bezirk Steglitz-Zehlendorf erstmalig berlinweite reale Zahlen vorweisen kann. Wie im Anschluss damit gearbeitet wird, könne er zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht konkret sagen. Er berichtet auch, dass im Vergleich zu anderen Bezirken die Unterbringung in Heimen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf wesentlich teurer sei. BzStR Wöpke erklärt, dass in der Schließung von Altakten in der Regel zwei Stunden benötigt wurden, jedoch nur eine Stunde anerkannt wurde.

Der Ausschussvorsitzende betrachtet die Vorlage zur Kenntnisnahme in dieser Legislaturperiode als erledigt und geht davon aus, dass dieses Thema in der nächsten Legislaturperiode weiterhin ausführlich behandelt wird.

zu 3 Vorlage zur Kenntnisnahme
BVV-Beschluss Nr. 958 vom 21.09.2005 (Drucksache 1675/II)
Bezirkshaushaltsplan Steglitz-Zehlendorf für die Haushaltsjahre 2006 und 2007
hier: Ersuchen und Auflagen, Ziffer 15. Einzelplan 40: Reduzierung von Amts- und Referatskosten des Jugendamtes

BzStRin Otto erläutert, dass in der Vorlage aufgelistet sei, in welchem Verhältnis Amts- und Referatskosten berlinweit stehen.

Auf Nachfrage der FDP-Fraktion erklärt sie, dass das Problem in der Klarheit und Sicherheit liege, zu klären, was produktbezogene Tätigkeiten sind und was keine; sowie das Wissen der Mitarbeiter darüber, welche Auswirkungen dies habe. Dies sei ein wichtiges und auch regelmäßiges Thema in den Leitungsrunden, bei denen BzStRin Otto teilweise teilnimmt, um deutlich zu machen, dass das auch von der politischen Spitze getragen, gewollt und erwartet werde. Eine nicht korrekte Erfassung sei keine korrekte Dienstleistung, es müsse jedoch deutlich gemacht werden, dass dies zum Aufgabengebiet gehört. Jug Con L Hr. Weber weist darauf hin, dass der Schwerpunkt in der Unwissenheit der Mitarbeiter über die KLR liege. Es werden Stichproben in den Zeiterfassungen der Mitarbeiter durchgeführt, da in der Erfassung viele Fehler auftauchen.

Die SPD-Fraktion erkundigt sich nach Punkt 5.4.2 – *Verstärkte Bündelung von Querschnittsaufgaben*. BzStRin Otto verteilt ein Schreiben bezüglich der Struktur im Jugendamt und erläutert dieses. In der Überlegung, wie kostengünstiger gearbeitet werden könne, sind die einzelnen Geschäftsstellenbereiche zu einer Geschäftsstelle des gesamten Bereiches zusammengefasst, um so Personal zu sparen. Sie verweist auf Seite 14 der Voralge und erläutert, dass so einzelne Bereiche - ohne dass die Aufgaben darunter leiden - konzentriert und gebündelt werden. Hinsichtlich der Größe im Einsparungsbereich könne sie keine genaue Auskunft geben.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Kenntnisnahme der Vorlage fest.

zu 4 Besprechungspunkte

zu 4.1 Information über die Verwendung investiver Mittel im Haushaltsjahr 2007 (Bau Dez)

BzStR Stäglin informiert über einen Beschluss des Bezirksamtes. Es sei notwendig geworden, über die bezirklichen 10% Eigenmittel, die in jeder IZBB-Maßnahme enthalten ist, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. In dem Rahmen war es auch notwendig, die finanzielle Sicherheit für die wesentlichen Bereiche der Durchführung des IZBB – Programms für das nächste Jahr darzustellen. Da nicht alle einzelnen Projekte mit eigenen Bauleitern durchgeführt werden können, wurden externe freischaffende Honorarkräfte beauftragt. Da es sich hierbei um Maßnahmen handelt, die im investiven Bereich liegen, wurden diese im Rahmen der nichtverbrauchten investiven Mitteln - hier der Pauschalen Zuweisungen für Investition - dargestellt.

Des Weiteren informiert er über die Planung der Sporthalle Mühlenau – Grundschule. Durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19% muss mit Zusatzkosten in Höhe von 100.000 € gerechnet werden, die bei der Aufstellung der Maßnahme noch nicht berücksichtig werden konnten. Die zusätzlichen Kosten müssten durch Einsparungen in anderen Bereichen der Sporthalle finanziert werden. Dies würde jedoch zu Lasten der Architektur vor Ort oder zu Einsparungen im Ausstattungsbereich gehen, was wiederum problematisch werden dürfte, da eine gewisse Grundausstattung notwendig sei.

Darüber hinaus informiert er über die Durchführung der investiven Maßnahme „Gutshaus Steglitz“. Es ist festgestellt worden, dass hier Mehrkosten in Höhe von 60.000 € für eine neue Dacheindeckung entstehen werden. Zur Zeit laufen Verhandlungen mit der damaligen Firma in Dänemark.

Die CDU-Fraktion bittet um eine Kostenaufstellung der Mühlenau –Grundschule.
Auf Nachfrage der CDU-Fraktion erklärt BzStR Stäglin, dass die Rate für das Stadion Wannsee auch einen Baubeginn in 2007 zulässt. Hintergrund sei, dass die ursprüngliche Planung den Kostenrahmen deutlich überschritten hätte und hier die Planung mit dem ursprünglichen Entwurf in der Form nicht weitergeführt werden konnte. Hinsichtlich der Honorarkosten erläutert er, dass zum einen die IZBB-Maßnahme am Standort der Johannes-Tews-Grundschule und zum anderen die notwendige Finanzierung für Freischaffende im gesamten IZBB-Programm enthalten seien. Das IZBB-Programm hat ein Gesamtvolumen in Höhe von 16 Mio. €. Des Weiteren weist er darauf hin, dass die Mitarbeiter im Fachbereich Hochbau keinesfalls nicht ausgelastet seien. Die CDU-Fraktion bittet um eine Aufstellung, welche Maßnahmen im gesamten IZBB-Programm enthalten sind.

BzStR Schrader berichtet kurz über die Maßnahme Siemens / Tews-Schule und erläutert, dass die Lösung sei, durch Abriss der maroden Bausubstanz den Schulhof zu öffnen. Es besteht die Möglichkeit, Ganztagsschule an Gymnasien abzudecken. Die Senatsverwaltung für Bildung, Kultur, Jugend und Sport erwarte, dass das Projekt bis 2007 abgeschlossen sei und somit auch die Gegenfinanzierung abgesichert sein sollte. Hinsichtlich der Besonderheit des IZBB-Programms habe das Bezirksamt befunden, dass dies eine „unmögliche“ Situation sowohl für den Sport als auch für die Schule gewesen wäre.

zu 4.2 Situation im Briefwahlbüro

BzStR Schrader berichtet, dass das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf ein Briefwahlbüro eingerichtet habe und sich die Bearbeitung von Briefwahlunterlagen inzwischen deutlich verkürzt habe. Er verteilt den Ausschussmitgliedern eine Statistik hinsichtlich bereits ausgestellter Wahlscheine und erläutert diese.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass sie bereits in der letzten Ausschusssitzung für Bildung und Kultur darauf hingewiesen habe, dass das Amt mit großen Andrang bei der Briefwahlnutzung von Bürgerinnen und Bürgern rechnen müsse. Sie habe jedoch den Eindruck, dass das Amt immer wieder neu überrascht sei, wie viele Bürger die Briefwahl nutzen. Des Weiteren teilt sie mit, dass eine Reihe von Bürgerinnen und Bürgern darauf hingewiesen habe, bereits vor einiger Zeit Briefwahlunterlagen angefordert zu haben, jedoch erst nach drei Wochen diese erhalten haben. Sie erkundigt sich nach dem tatsächlichen Rückstand der Zustellung und wie das Amt sicherstellt, dass alle Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig ihre Unterlagen erhalten.

Die SPD-Fraktion erkundigt sich nach der derzeitigen Wartezeit für Briefwahlunterlagen.

Die Fraktion GRÜNE schließt sich den Ausführungen der CDU-Fraktion an und befürchtet, dass es eine Wahlanfechtung geben könnte, wenn Wähler von ihrem Wahlrecht nicht Gebrauch machen können.

BüD L Fr. Krasemann berichtet, dass der derzeitige Stand der eingegangenen Anträge bei rund 35.000 liege. Auf Nachfrage der CDU-Fraktion erläutert sie, dass sie nur Anträge bearbeiten könne, die dem Amt vorliegen. Zum jetzigen Zeitpunkt sei die Bearbeitung auf dem Laufenden. Es sei korrekt, dass in den ersten Tagen ein Rückstand vorhanden war, der jedoch seit mehreren Wochen

wieder aufgeholt sei. Ein Antrag, der bis 18 Uhr im Amt eingeht, wird auf seine Dringlichkeit überprüft. Es werden alle Anträge kontinuierlich bearbeitet. Sie berichtet, dass sie bisher keine Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern erhalten habe und auch erstmalig keine Postprobleme vorliegen.

zu 5 Antrag
Schließung der Freizeitstätte Nentershausen
Drs. Nr. 378/II - FDP-Fraktion

Die FDP-Fraktion begründet ihren Antrag dahingehend, dass dieser bereits seit vier Jahren läuft, jedoch nicht überholt sei, da die jetzige Situation vergleichbar sei mit 2002, obwohl 2004 neu investiert wurde. Die Freizeitstätte Nentershausen wird von Schulklassen und Jugendgruppen nicht ausreichend genutzt, es werden jedoch pro Jahr über 100.000 € investiert. Die FDP-Fraktion spricht sich dafür aus, dass dies auf Dauer nicht finanziert werden könne, sondern in anderen Jugendbereichen eher sinnvoll wäre.

BzStRin Otto weist darauf hin, dass die Freizeitstätte für die Jugendarbeit eine wichtige Einrichtung sei, sie nennt konkrete Zahlen aus der Kleinen Anfrage 444 vom Februar 2005 und erläutert, dass die jeweiligen Kosten den Kindern und Jugendlichen zu Gute kommen.

Die CDU-Fraktion bittet um eine Auflistung, was eine Übernachtung in den letzten fünf Jahren in Nentershausen gekostet habe.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt.

zu 6 Sondermittelanträge

zu 6.1 Sondermittelantrag 27/2006
Zuschuss für Druckkosten für den nächsten 'Börsenbrief' der Berliner Interessenbörse

Die Fraktionen stimmen darin überein, dass sie sich der Mitteilung des Amtes anschließen.

Der Antrag wird mit keiner Ja-Stimme und 13 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt.

zu 6.2 Sondermittelantrag 29/2006
Zuschuss für Sportmaterial des Wasserski Clubs Berlin e. V.

Die FDP-Fraktion schlägt vor, dem Wasserski-Club Berlin e. V. Sondermittel in Höhe von 700,00€ zur Verfügung zu stellen. Die Fraktion GRÜNE schließt sich den Ausführungen der FDP-Fraktion an, spricht sich aber dafür aus, dass hier eine Ausnahme gemacht werden könne. Die Fraktionen von CDU und SPD stimmen dieser Auffassung nicht zu.

Bei einer Abstimmung beschließt der Ausschuss mit 13 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung, dem Verein Wasserski-Club Berlin e. V. für Sportmaterial aus Sondermitteln der BVV einen Betrag bis zur Höhe von 1.000,00 € zur Verfügung zu stellen.

zu 6.3 Sondermittelantrag 30/2006
Zuschuss für eine Volleyball-Pfostenanlage des Berliner Tennis- und Tischtennisclub Grün-Weiß e. V.

Bei einer Abstimmung beschließt der Ausschuss mit 13 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung, dem Berliner Tennis- und Tischtennisclub für eine Volleyball-Pfostenanlage aus Sondermitteln der BVV einen Betrag bis zur Höhe von 250,00 € zur Verfügung zu stellen.

zu 6.4 Sondermittelantrag 31/2006
Zuschuss für Spezial-Schaumstoffscheiben des 1. Berliner Bogenschützen e. V.

Bei einer Abstimmung beschließt der Ausschuss mit 13 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung, dem 1. Bogenschützen e. V. für Spezial-Schaumstoffscheiben aus Sondermitteln der BVV einen Betrag bis zur Höhe von 350,00 € zur Verfügung zu stellen.

zu 6.5 Sondermittelantrag 32/2006
Zuschuss für eine Ausstellung von Bildern von Künstlern aus der polnischen Partnerstadt Kazimierz Dolny der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin e. V.

Die FDP-Fraktion spricht sich dafür aus, aus der Auflistung vom 16.08.2006 des Sondermittelantrages nur Kosten der „Bewachung“ in Höhe von 800 € zu bewilligen. Die Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNE stimmen dem nicht zu.

Bei einer Abstimmung beschließt der Ausschuss mit 13 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung, der deutsch-polnischen Gesellschaft Berlin e. V. für die Ausstellung von Bildern aus Sondermitteln der BVV einen Betrag bis zur Höhe von 1.550,00 € zur Verfügung zu stellen.

zu 7 Bericht aus dem Bezirksamt

Über die von BzStR Stäglin unter TOP 4.1. (Verwendung investiver Mittel 2007) gegebenen Informationen hinaus berichtet BzStR Laschinsky über eine Hochrechnung der Ausgaben für Grundstücksbewirtschaftung zum Jahresende 2006, die eine rechnerische Deckungslücke von rd. 2,4 Mio. € ausweist. Ursächlich hierfür sind Preissteigerungen bei den zentral etatisierten Heizkosten sowie im Schulamt insbesondere durch weiteren Reinigungsbedarf infolge Wegfalls der „pädagogischen Reinigungskräfte“ und täglicher Reinigung in den Schulhorten.

Erläuternd fügt er an, dass sich die von BzStR Schrader im Ausschuss für Bildung, Kultur, Sport und Bürgerdienste gegebene Auskunft einer Reinigung an jedem zweiten Tage auf die Klassen- und nicht auf die Horträume bezog.

zu 8 Verschiedenes

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass heute die letzte Sitzung des Haushaltsausschusses in dieser Legislaturperiode ist und bedankt sich bei den Mitgliedern, BzStR Laschinsky und den Mitarbeitern des Haushaltsamtes für die gute Unterstützung und Zusammenarbeit.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den

Platzeck	Hippe
Ausschussvorsitzender	Schriftführer